Ausgabe 01|22

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

IM FOKUS

Identität – Was ist das?

IM FOKUS

Identität und Heimat in der Literatur. Beobachtungen zu Ludwig Ganghofer, Ludwig Thoma, Lena Christ und Oskar Maria Graf

BRENNPUNKT

Krieg in Europa! Was treibt Putin? Zeithistorische Hintergründe und politische Folgen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine

GRAPHIC NOVEL

„Beim Zeichnen überbrücke ich die Distanz zur Vergangenheit." Zur Darstellung von Zeitgeschichte in den Comics Barbara Yelins

EDITORIAL

Liebe Leserin und lieber Leser,

Bücher unter Schutt und Asche: Das Cover dieser Ausgabe zeigt eine Aufnahme von Trümmern nach einem Bombenangriff auf Kiew am 18. März 2022. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellt eine Zeitenwende in der europäischen Geschichte dar. Seine Auswirkungen sind unabsehbar und betreffen alle Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf Jahrzehnte hinaus.

Im „Brennpunkt" erläutert Klaus Gestwa die historischen Hintergründe und das „Drehbuch" des russischen Überfalls auf die Ukraine. Wie die russische Führung auch das Land selbst immer mehr in einer Diktatur verwandelt, zeigt ein Beitrag von Daniel Weinmann über das Verbot der ältesten und renommiertesten russischen Menschenrechtsorganisation MEMORIAL.

Im Fokus dieser Ausgabe steht das Thema „Identität(en)". Hat sich EuP 2021 mehr mit Gender-Fragen beschäftigt, so geht es diesmal um noch Grundsätzlicheres:

- Was ist Identität? Wie wird man zu dem/der, der/die man ist oder sein will? Diesen und weiteren zentralen philosophischen Fragen geht Rupert Grübl auf den Grund.
- Den Zusammenhang von Identität(en) in Deutschland und der deutschen Geschichte erläutert Jürgen Müller-Hohagen aus psychologisch-psychotherapeutischer Sicht.
- Waldemar Fromm stellt dar, inwiefern ein Zusammenhang von Identität und Heimat bei bayerischen „Heimatdichtern und –dichterinnen" zu beobachten ist.
- Im Werkstattgespräch unterhält sich die EuP-Redaktion mit dem Bezirksheimatpfleger Dr. Norbert Göttler über viele interessante Aspekte rund um das Schwerpunktthema.

In der Graphic-Novel-Reihe sehen wir diesmal auf die Arbeit der Künstlerin Barbara Yelin: Tanja Seider sprach mit ihr über ihre Werke und ihre Arbeitsweise. Monika Franz stellt die Neuerscheinung „Jan Bazuin. Tagebuch eines Zwangsarbeiters" vor, das Yelin illustriert hat.

Ludwig Unger gibt abschließend einen Einblick in die Konzeption und den Um- und Ausbau des deutsch-deutschen Museums in Mödlareuth.

Last, but not least: Wie Ihnen sicher auffallen wird, ist EuP neu verpackt worden. Schreiben Sie uns gerne, wie Sie unser neues Layout finden!

Wir wünschen eine anregende und in bestem Fall unterhaltsame Lektüre.
Die Redaktion

INFO

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: *landeszentrale@blz.bayern.de,* Stichwort: *Einsichten und Perspektiven.*

Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

Autoren und Autorinnen dieses Heftes

Monika Franz arbeitet als Stellvertreterin des Direktors sowie als Abteilungs- und Referatsleiterin bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Prof. Dr. Waldemar Fromm ist apl. Professor am Institut für Deutsche Philologie der LMU in München und Vorsitzender der Oskar-Maria-Graf-Gesellschaft.

Prof. Dr. Klaus Gestwa ist Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

Direktor Rupert Grübl leitet die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Dr. Jürgen Müller-Hohagen beschäftigt sich als Psychotherapeut u.a. mit seelischen Nachwirkungen der NS-Zeit.

Dr. Tanja Seider lehrt und forscht als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Augsburg.

Dr. Ludwig Unger ist Referatsleiter bei der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit.

Daniel Weinmann arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

BRENNPUNKT

KRIEG IN EUROPA! WAS TREIBT PUTIN?

ZEITHISTORISCHE HINTERGRÜNDE UND POLITISCHE FOLGEN DES RUSSISCHEN ANGRIFFSKRIEGS IN DER UKRAINE

von Klaus Gestwa

In der Nacht zum 24. Februar 2022 entbrannte während einer UN-Sicherheitsratssitzung der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Damit hat eine neue politische Zeitrechnung begonnen. Wir stehen von der Notwendigkeit, sowohl die Vergangenheit als auch die Zukunft neu zu denken. Liebgewonnene Geschichtsnarrative und hoffnungsvolle Zukunftserwartungen erweisen sich als kaum mehr haltbar.

Zerstörungen in der ukrainischen Hafenstadt Mariupol, aufgenommen am 20. März 2022 *Abbildung: picture alliance/AA/Stringe*

Kalter Bürgerkrieg

Russland beherrscht seit einiger Zeit die politischen Schlagzeilen, weil sich Präsident Wladimir Putin sowohl innen- als auch außenpolitisch auf dem Kriegspfad befindet.

Sein eigenes Land hat Putin schon seit längerem mit einem kalten Bürgerkrieg überzogen. Der Oppositionelle Alexej Nawalnyj überlebte im August 2020 einen perfiden Giftanschlag denkbar knapp, um dann seit dem Januar 2021 in russischen Straflagern zu verschwinden. Zuvor hatte er in einem Enthüllungsvideo Putins pompöses Märchenschloss an der Schwarzmeerküste entzaubert und mit Hilfe seiner Anti-Korruption-Stiftung die kleptokratischen Strukturen des Putinismus aufgedeckt. Als ihm ein Moskauer Gericht den politischen Prozess machte, titulierte Nawalynj den russischen Präsidenten mutig und frech als verängstigten und vereinsamten „Opa im Bunker". In den letzten Wochen ist der abgemagerte und kurzgeschorene Oppositionelle erneut wegen angeblicher Unterschlagung von Spendengeldern und nach einem zweifelhaften Verfahren am 22. März 2022 zu einer weiteren Haftstrafe von neun Jahren verurteilt worden.

Zuletzt hatte der mächtige Sicherheitsapparat des Kremls auch Russlands bekannteste zivilgesellschaftliche Organisation MEMORIAL in den Würgegriff genommen und erwirkte gegen deren beiden Moskauer institutionellen Säulen am 23. Dezember 2021 ein Verbot, das am 28. Februar 2022 noch einmal bestätigt wurde.[1] Schon seit Jahren brandmarken die vom Kreml kontrollierten Medien oppositionelle Kräfte sowie kritische Freigeister als „russophobe Landesverräter" und „ausländische Agenten". In Putins Staatsverständnis ist nicht vorgesehen, dass eine mündige Zivilgesellschaft als eigenständiger politischer Akteur Einfluss auf die Entwicklung des Landes nimmt. Dass die Kremlpartei „Geeintes Russland" heißt, ist darum sowohl als Programm als auch als Drohung zu verstehen.

Mit der bevorstehenden Dekarbonisierung der führenden Volkswirtschaften werden fossile Brennstoffe über kurz oder lang an Bedeutung verlieren. Das bedroht die auf Gas- und Ölexporten beruhende Geschäftsbasis des mit dem Kreml eng verbundenen oligarchischen Staatskapitalismus.

Alexej Nawalny am 15. Februar 2022 im Straflager erneut vor Gericht
Foto: picture alliance/dpa/Sputnik/Foto: Ilya Pitalev

Die russische Machtelite drängt deshalb darauf, die politische Halbwertszeit des veralteten Wirtschaftsmodells zu verlängern, statt die ökologische und technologische Modernisierung endlich anzugehen. Immer mehr befürchten darum, dass Russland wegen dieser perspektivlosen Politik des „Sich-Durchwurstelns", die nur dem Machterhalt des „Putin-Syndikats" (Margareta Mommsen) dient, seine Zukunftschancen verspielt. Was die Polittechnokrat*innen des Kremls lange Zeit als Stabilität verkauften, stellt sich immer mehr als lähmende Stagnation heraus.

Die Corona-Krise hat in Russland in aller Klarheit sowohl die eklatanten Defizite des Gesundheitswesens als auch die wachsenden sozioökonomischen Probleme aufgedeckt. Prognosen gehen für die nächsten Jahre nur von einem zögerlichen und schwachen Aufwärtstrend aus. Zudem schlägt sich das in Russland allseits wachsende Misstrauen in Politik, Wissenschaft und Medizin in einer sehr niedrigen Impfquote nieder. Fast jede zweite Person ist in Russland noch ungeimpft. Längst verpufft ist der anfängliche Propagandaerfolg um den weltweit ersten Impfstoff gegen Covid-19, der mit Bezug auf gern erinnerte kosmische Großtaten den symbolträchtigen Namen „Sputnik V" erhielt.[2]

1 S. den Artikel zu MEMORIAL von Daniel Weinmann in diesem Heft ab S. 42 ff.

2 S. dazu: Sophie Nübling: Gesundheitskrise – Risiken und Nebenwirkungen von Glasnost und Perestroika, in: Einsichten+Perspektiven 2/2021, S. 32 ff.

Mit der im Sommer 2020 durch ein Referendum bestätigten Verfassungsänderung hat sich Putin seine Amtszeit als Präsident weiter verlängern lassen. Allerdings sind seine Zustimmungswerte in letzter Zeit merklich gefallen. Das stellt für ein autoritäres Staatswesen eine veritable Bedrohung dar, in dem der politische Führer und das gesamte Land vermeintlich eine harmonische Einheit bilden.

Feldherr statt Modernisierer: Putin auf historischer Mission

Als Putin 2012 im Rahmen einer Ämterrochade mit Dmitrij Medwedew – begleitet von Massenprotesten – wieder in den Kreml eingezogen war, entschied er, sich fortan nicht als Modernisierer, sondern als Feldherr in Szene zu setzen. Im März 2014 kam es mit der Annexion der Krim, einen Monat später mit der Aggression in der Ostukraine und im Spätsommer 2015 mit der Intervention in den syrischen Bürgerkrieg zu einer Zeitenwende. Mit diesen militärischen Offensiven ging Putin politische Abenteuer ein, traf aber besonders mit der „Heimholung der Krim" einen wunden Nerv in der von neoimperialen Phantomschmerzen geplagten russischen Gesellschaft. Die Moskauer Propaganda zeichnete mit triumphalem Pathos das Bild eines vermeintlich jahrelang gedemütigten Russlands, das sich unter Putins entschlossener Führung endlich von seinen Knien erhoben habe, um dem Westen die Stirn zu bieten. Das ließ Putins zuvor fallende Popularitätswerte wieder in die Höhe schießen. 2014 machte der Kreml die Erfahrung, dass sich mit der Machtdemonstration auf der internationalen Bühne von der politischen Repression und der ökonomischen Stagnation im Inneren ablenken lässt.

Seit 2012 ist es zugleich zu einer verstärkten Ideologisierung der Kremlpolitik gekommen. Der bald 70 Jahre alte russische Präsident scheint zunehmend von der Überzeugung getrieben, eine historische Mission erfüllen zu müssen, um damit in die Geschichtsbücher einzugehen. Er folgt dem vom starken Geheimdienstflügel der russischen Elite betonten Credo, dass Russland entweder als respektierte oder gefürchtete Großmacht existiert oder gar nicht. Beeinflusst vom überkommenen geostrategischen Denken in Einflusszonen, gilt die Moskauer Hegemonie im postsowjetischen Raum dafür als zentrale Voraussetzung. Aus diesem neoimperialen Begehren heraus ist die aktuelle russische Offensive gegen die Ukraine entstanden, die seit dem „Euro-Majdan" 2013/14 zum Schauplatz eines neuen Ost-West-Konflikts geworden ist.

Hybride Kriegsführung als letztes Mittel der Moskauer Ukraine-Politik

Nachdem die russische Politik lange Zeit den Verhandlungen zwischen der Ukraine und der EU keine Aufmerksamkeit geschenkt hatte, drängte der Kreml schließlich mit Zollblockaden und günstigen Gaspreisen den ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch dazu, im November 2013 seine Unterschrift unter das schon aufgesetzte EU-Assoziierungsabkommen auszusetzen. Putin hoffte, die Ukraine für sein damaliges Lieblingsprojekt der „Eurasischen Wirtschaftsunion" zu gewinnen, die aber ohne größere politische und ökonomische Anziehungskraft wie ein international isolierter Klub autoritärer Herrscher wirkte.

In der Ukraine gab es eine Mehrheit für den baldigen EU-Beitritt des Landes. Vom Kreml auf ihrem Weg nach Europa gestört, schien die Ukraine plötzlich zu sich selbst zu finden. Empörte Studierende, die sich um ihre Zukunft gebracht sahen, initiierten einen „Aufstand der Würde" gegen den korrupten und autoritär regierenden Präsidenten Janukowitsch. Diese Proteste weiteten sich bald zur größten demokratischen Massenbewegung in Europa seit dem Ende des Kalten Kriegs aus. Sie fand ihren symbolträchtigen Ort auf dem zentralen Majdan-Platz in Kiew.

Nachdem dort Scharfschützen einer Spezialeinheit mehr als 100 Menschen erschossen hatten, verlor Janukowitsch Ende Februar 2015 die Unterstützung seiner Partei und des staatlichen Sicherheitsapparats. Überstürzt floh er nach Russland. Der Kreml stand damit plötzlich vor den Trümmern seiner Ukraine-Politik und befürchtete, die ukrainische „Farbrevolution" könne auf Russland überspringen. Als letztes Mittel seiner Politik griff Putin zu einer hybriden Kriegsführung, um den ukrainischen Nachbarstaat zu destabilisieren und so den verlorengegangenen Moskauer Einfluss mit aller Macht wiederherzustellen.

Nach der geheimdienstlich minutiös vorbereiteten Krim-Annexion im März 2014 begannen wenige Wochen später russische Spezialkräfte, in der Ostukraine einen prorussischen Separatismus zu organisieren. Sie machten sich zunutze, dass sich viele Menschen in dieser stark montanindustriell geprägten Region von Kiew im Stich gelassen fühlten. Bald entflammte dort ein

Bürgerkrieg, der von russischer Seite mit Waffen und Kämpfern immer wieder angefacht wurde. In diesen Wirren kam es im Juli 2014 zum versehentlichen Abschuss des Passagierflugzeugs MH 17, bei dem 300 Menschen den Tod fanden. Die Untersuchungsberichte internationaler Fachleute legten dar, dass höchstwahrscheinlich prorussische Separatisten die todbringende Rakete aus einem aus Russland herbeigebrachten Flugabwehrsystem abgeschossen hatten.

Dank der Vermittlung von Berlin und Paris konnte die weitere Eskalation der Kriegshandlungen im Verlauf des Jahres 2015 mit dem zweiten Minsker Abkommen verhindert werden. Allerdings hat das die Waffen in der umkämpften ostukrainischen Region nicht zum Schweigen bringen können. Seit acht Jahren herrscht dort ein blutiger Kleinkrieg. Er kostete bis zum Februar 2022 schon insgesamt 14.000 Menschen das Leben, weil sich weder Russland noch die Ukraine an die Bestimmungen des Minsker Abkommens hielten. Mehr als 1,5 Mio. Menschen entzogen sich der drohenden Kriegsgewalt und dem stillen Leid durch Flucht.

Die beiden in der Ostukraine von separatistischen Kräften selbstproklamierten „Volksrepubliken Donezk und Luhansk" stellen fragile pseudostaatliche Gebilde dar, in denen zweifelhafte Gestalten den dort lebenden Menschen ein von Korruption, Misswirtschaft und Armut geprägtes Regime aufgezwungen haben. Für die militärische Unterstützung und den Unterhalt der abtrünnigen Volksrepubliken muss Moskau zwar große Summen aufbringen, sichert sich aber dadurch die Möglichkeit, jederzeit Druck auf die Ukraine auszuüben. Nur zu gern bemühte die russische Propaganda bei ihren verunglimpfenden Medienkampagnen die bedrohliche Erzählung, Russland müsse die russische Minderheit in der Ukraine vor einem drohenden „Völkermord" durch „wahnsinnige ukrainische Faschisten" schützen. Am 24. Februar 2022 griff Putin diesen unhaltbaren Vorwurf auf und erklärte die „Entnazifizierung" der Ukraine zum Ziel seines Angriffskriegs.

Nach den Erfahrungen während der Krim-Annexion, als die russische Seite ihr völkerrechtswidriges Vorgehen hinter einer Nebelwand von

Pro-Russische Feiern anlässlich der Anerkennung der sogenannten „Volksrepubliken" Luhansk und Donetsk durch Putin am 21. Februar 2022
Abbildung: picture alliance/ dpa/Sputnik

gezielten Desinformationen verborgen hatte, warnte die US-Regierung im Februar 2022 davor, dass Moskau mit zynischen Lügen das kriegerische Treiben legitimieren werde. Der medienpolitische Vorstoß Washingtons diente dazu, dem Kreml das Überraschungsmoment vorzuenthalten und ihm so den Vorteil im Informationskrieg zu nehmen.

Der Streitfall NATO-Osterweiterung als Rechtfertigungsnarrativ

Um mit seiner hybriden Kriegsführung und seinem Angriffskrieg in der Ukraine nicht als Aggressor am Pranger zu stehen, brauchte der Kreml ein Rechtfertigungsnarrativ. Er griff das alte Streitthema der NATO-Osterweiterung nach 1997 auf, durch die Russland seine Sicherheitsinteressen gefährdet sieht. Zur Verhinderung einer weiteren Expansion des westlichen Verteidigungsbündnisses sei schon die Krim-Annexion ein Akt politischer Notwehr gewesen. Nun müsse dem NATO-Beitritt der Ukraine endgültig ein Riegel vorgeschoben werden. Diese apologetische Sichtweise, die auch die westliche Berichterstattung beeinflusst, lenkt allerdings von der zentralen Frage ab, warum es Russland trotz enger ökonomisch-kultureller Verflechtungen nach 1992 nicht gelungen ist, zu seinen Nachbarstaaten verlässliche Beziehungen aufzubauen und damit seinen Beitrag zum Entstehen einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur zu leisten. Die südost- und ostmitteleuropäischen Staaten zeigten sich wegen der schon während der 1990er Jahre in der russischen Politik an Lautstärke gewinnenden nationalistisch-neoimperialen Stimmen verunsichert und fürchteten deshalb um ihre gerade wiedererlangte staatliche Souveränität. Russland erschien als ökonomisch wenig attraktiver sowie potenziell revanchistischer Nachbar. Die NATO-Mitgliedschaft hingegen bot Gewähr gegen ein erneutes Moskauer Machtbegehren und für das bessere Gelingen der demokratisch-marktwirtschaftlichen Transformation.

Während die NATO und ihre neuen Bündnispartner von einer defensiven Eindämmung möglicher Moskauer Aggressionen sprachen, sah oder gab sich der Kreml als Opfer einer offensiven Einkreisungspolitik der NATO. In diesem Zusammenhang verweist die russische Seite gern darauf, dass im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen um die deutsche Wiedervereinigung 1990 westliche Staatsmänner in Gespräche und Interviews die mündliche Zusage gemacht hätten, dass sich die NATO über die Oder hinaus keinen Deut in Richtung Osteuropa ausdehnen würde. Diese Zusage war allerdings schon damals politisch umstritten und fand darum keinen Eingang in die unterzeichneten Vertragstexte. Zudem sicherte Russland später in wichtigen völkerrechtlich bindenden Abkommen seinen Nachbarstaaten die volle staatliche Souveränität und damit auch die freie Bündniswahl zu. Der Vorwurf, vom Westen betrogen worden zu sein, erweist sich damit als wenig zutreffend.

Die politisch Verantwortlichen wussten, dass die NATO-Osterweiterung brisanten Konfliktstoff für strategische Missverständnisse schuf. Um diesen zu entschärfen, schrieb die NATO-Russland-Grundakte eine privilegierte Partnerschaft fest, die sich 2002 im NATO-Russland-Rat institutionalisierte. Dabei sagte das westliche Verteidigungsbündnis zu, weder Nuklearwaffen noch substanzielle Kampftruppen in seinen neuen Mitgliedsstaaten zu stationieren. Es kam damit zu einer rein politischen Osterweiterung. Militärstrategisch blieb der Sicherheitspuffer zwischen der NATO und Russland bestehen. Zwar entstanden 2011 im Rahmen des Aufbaus des umstrittenen US-Raketenabwehrschirms militärische Einrichtungen in Polen und Tschechien. Dabei handelt es sich aber um defensive Waffensysteme, so dass die militärische Hegemonie Russlands im osteuropäischen Raum fortbesteht.

Das von Moskau vermittelte Bild von Russland als einer belagerten Festung überzeichnet das von der erweiterten NATO ausgehende Bedrohungspotenzial. Auch als nach der Krim-Annexion auf ausdrücklichen Wunsch der baltischen Staaten und Polens die westlichen NATO-Länder insgesamt 8.000 Soldaten in den russischen Nachbarländern stationierten, erwies sich das vor allem als Solidaritätsbekundung und als ein Akt symbolischer Politik, ohne etwas Grundsätzliches am militärischen Ungleichgewicht zu verändern. Gleiches gilt für die nach 2014 intensivierte Unterstützung der ukrainischen Armee. Die Eskalationsdominanz liegt weiter ganz auf der Seite Russlands und wurde bei der jüngsten internationalen Krisensituation bedenkenlos ausgespielt. Zu Beginn des Jahres 2022 erhöhte das westliche Verteidigungsbündnis seine Militärpräsenz im östlichen Europa auf insgesamt 17.000 Soldaten, machte aber klar, dass diese in mögliche Kampfhandlungen in der Ukraine nicht eingreifen würden. Wenn Russland darum von „provokativen Schritten" des Westens spricht, so war dies vor allem eine Propagandafinte, um vom eigenen Konfrontationskurs abzulenken. Es gilt,

die tatsächlichen militärischen Relationen im Blick zu behalten, um bei der Bedrohungsanalyse das rechte Augenmaß zu bewahren.

In der Vergangenheit ist es wegen allseitiger Fehler und Missverständnisse nicht gelungen, eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen, in die sich Russland fest eingebunden fühlt und damit das neoimperialen Machtbegehren des Kremls eingehegt ist. Dieses lange verdrängte, aber brisante Problem schlägt mit Putins neuer internationalen Offensive nun mit aller Wucht auf die aktuelle internationale Politik durch.

Die Konfrontation zwischen Demokratie und Autoritarismus

Im Jahr 2021 musste der Kreml feststellen, dass er weit davon entfernt war, seine außenpolitischen Ziele zu erreichen. Mit der Krim-Annexion und der Aggression in der Ostukraine hatte er keinen Keil in die westlichen Bündnisse treiben und die Machtbalance in Europa nicht zu seinen Gunsten verändern können. Zugleich hat die Ukraine ihre durch die hybride Kriegsführung Russlands ausgelöste Staatskrise und Zerreißprobe überstanden, auch wenn weiterhin längst nicht alle drängenden politischen Probleme gelöst sind. 2019 fanden in der Ukraine erneut freie und faire Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Dabei kam es zu einem demokratisch geordneten Machtwechsel vom 2014 gewählten „Schokoladenoligarchen" Petro Poroschenko zum Schauspieler und politischen Newcomer Wolodymyr Selenskyj. Das wurde international mit Respekt und Anerkennung verfolgt. Dieser stammt aus einer jüdischen Familie, in der Russisch gesprochen wird. Selenskyjs Großvater kämpfte in der Roten Armee; drei seiner Brüder wurden Opfer des Holocausts. Schon die Biografie des aktuellen ukrainischen Präsidenten zeigt, dass die von Putin geforderte „Entnazifizierung der Ukraine" nichts anderes als eine üble Moskauer Propagandafinte ist. Zudem entwickelten sich die ukrainischen Parlamentswahlen 2014 und 2019 zu einem Debakel für die Rechtsaußen-Parteien. Heute stammt aus ihren Reihen nur einer der insgesamt 450 Abgeordneten des ukrainischen Parlaments.

Um ihr Zerrbild einer „faschistischen Ukraine" zu belegen, führt die russische Propaganda immer wieder das „Regiment Asow" an. Dieser paramilitärische Verband mit äußerst zweifelhafter Gesinnung bildete sich 2014. Er ist mittlerweile in die ukrainische Nationalgarde eingebunden und so unter politischer Kontrolle. Gerade bringt sich diese hochmotivierte Gewaltgemeinschaft in die

Sport als Politshow: Putin und der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko bei einem Eishockeyspiel im Dezember 2021 *Abbildung: picture alliance/ Associated Press/ Fotograf: Andrei Stasevich*

Verteidigung der heftig umkämpften, am Asowschen Meer gelegenen Hafen- und Stahlstadt Mariupol ein. Über die Größe und Zusammensetzung des „Regiments Asow" wird viel spekuliert. Klar ist aber, dass von ihm keine größere politische Bedeutung in der Ukraine ausgeht. Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Moskauer Aggressionen seit dem Kriegsbeginn im Februar 2022 zu einem Ansehensverlust des Putin-Regimes in der Ukraine beigetragen haben.

Ernstzunehmende kremlfreundliche Stimmen sind kaum mehr in der ukrainischen Politik zu vernehmen. Selbst die Mehrheit der russischstämmigen Ukrainer und Ukrainerinnen wollen nicht Teil der russischen Welt werden, sondern bekennen sich zur Ukraine als ihrer Heimat und ihrem Staat. Das erklärt den bewundernswerten militärischen und zivilen Widerstand, auf den die russischen Truppen überall stoßen. Mit ihrer demokratischen Ordnung stellt die Ukraine eine permanente Bedrohung für den autoritären Putinismus dar. Je stabiler die Ukraine wird, desto mehr muss der Kreml um die Legitimität seiner Politik fürchten. Das Angstgespenst eines Regimewechsels durch eine „Farbrevolution" spukt durch die Moskauer Korridore der Macht. Deshalb will Russland den Erfolg weiterer gesellschaftlicher Protestbewegungen in seiner Nachbarschaft unbedingt verhindern und leistet Unterstützung, um umstrittene Herrscher wie Lukaschenko in Belarus und Toqajew in Kasachstan an der Macht zu halten. In der Ukraine geht es damit um die Konfrontation zwischen Demokratie und Autoritarismus. Schon 2014 hatten international anerkannte Osteuropaexperten wie Timothy Snyder und Karl Schlögel darauf hingewiesen, dass die russische Aggression gegenüber der Ukraine nur den Auftakt darstelle und es Putin mit seiner Politik in Geheimdienstmanier darüber hinaus beabsichtige, Europa einzuschüchtern und zu spalten, um die Machtbalance zugunsten Moskaus grundlegend zu verändern. Schon seit Jahren beschwört der Kreml einen vermeintlichen Wertekonflikt zwischen einem weiter traditionsverbundenen Russland und einem vermeintlich „dekadenten" Westen herauf, der durch die ungezügelte kulturelle Modernisierung und Liberalisierung seinen Identitätskern verraten habe. Dieser von Moskau entfachte Kulturkampf ist am 24. Februar 2022 in einen mörderischen Angriffskrieg umgeschlagen. Am ukrainischen Fluss Denpr wird darum gerade auch die Freiheit und der Frieden Europas verteidigt. Es steht mehr als nur die Ukraine auf dem Spiel.

Die Ukraine erneut im Visier des Kremls, Sommer 2021

Im Verlauf des Jahres 2021 schien die Situation günstig, um im Windschatten der alle Regierungen intensiv beschäftigenden Corona-Pandemie mit einer Flucht nach vorn eine radikale Umgestaltung der sicherheitspolitischen Verhältnisse in Europa zu erzwingen. In den USA litt die Biden-Regierung unter dem toxischen Erbe der Trump-Ära. In Deutschland verabschiedete sich Bundeskanzlerin Merkel aus dem Kanzleramt, und die neue Ampelregierung musste erst noch ihren Weg auf das Parkett der internationalen Diplomatie finden. Auch um die Handlungsfähigkeit der EU ist es wegen des internen Streits um Ungarn und Polen nicht gut bestellt. Zudem gibt es in vielen EU-Ländern kremlfreundliche politische Milieus, die sich von Moskau aus durch einen voll entfachten Krieg der Narrative mobilisieren lassen. Auch die NATO wirkte nach dem unglücklichen Abzug aus Afghanistan geschwächt. Der französischen Präsident Macron hatte sie zwischenzeitlich sogar schon als „hirntot" bezeichnet.

Putin, der nicht als derjenige Geschichte schreiben will, der die Ukraine verlor, verschärfte im Juli 2021 den Ton, als er mit seinem Beitrag „Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern" der Ukraine als Staat und Nation das Existenzrecht absprach und dreist erklärte, Russen, Ukrainer und Belarussen seien Teil einer „großen russischen Nation, eines dreieinigen Volkes". Den „Euro-Majdan" dämonisierte Putin sogar als Höhepunkt eines uralten westlichen Plans, mit einer unter „externer Verwaltung" stehenden, zu einem Vasallenstaat degradierten Ukraine ein „Anti-Russland" zu schaffen. Diese bizarre Geschichtsklitterung diente dazu, noch einmal klar zu verdeutlichen, dass der Kreml nur einen ukrainischen Nachbarstaat akzeptieren werde, der bereit sei, sich seinem hegemonialen Willen zu fügen. Die von Putin angeschlagene aggressive Rhetorik leitete eine neue Moskauer Offensive ein. Schon im Sommer 2021 wurden größere russische Truppenverbände an die ukrainische Grenze verlegt, und in der Folge kam es zu verstärkten Cyberangriffen auf die Ukraine. Heute wissen wir: Das war die Generalprobe.

Moskaus undiplomatische Diplomatie, Dezember 2021

Im Dezember 2021 nahm der Kreml mit seinem massiven Truppenaufmarsch die Ukraine sodann

Virtuelles Gipfeltreffen: Putin und Biden am 7. Dezember 2021 *Abbildung: picture alliance/ ZUMAPRESS.com/ Fotograf: Mikhail Metzel*

in militärische Geiselhaft und erpresste gleichzeitig die USA und NATO mit Vertragsentwürfen, um dem Westen in Form und Inhalt unannehmbare Sicherheitsgarantien abzuringen. Mit einer Rhetorik des Ultimativen und Maximalen erklärte Putin bei seinem jährlich live im Fernsehen übertragenen „Bürgerdialog", die USA und NATO müssten dem russischen Forderungskatalog schnell und umfassend nachkommen. Andernfalls werde Moskau „militärtechnische Lösungen" ergreifen. Diese undiplomatische Diplomatie beschwor mit ihren Drohgebärden eine akute Kriegsgefahr mit unvorhersehbaren Folgen herauf.

Konkret ging es bei den russischen Forderungen nicht nur um eine Absage an weitere Expansionen der NATO, sondern auch darum, die nach 1997 erfolgte NATO-Osterweiterung in weiten Teilen wieder rückgängig zu machen. Zudem sollten die USA ihre Atomwaffen aus Europa abziehen (ohne dass Russland seine Nuklearstreitkräfte gleichermaßen abrüsten würde). Unrealistisches Ziel der Moskauer Führung war es, sich selbst ein Vetorecht in allen Fragen der europäischen Sicherheit zu verschaffen und so die NATO-Politik mitzubestimmen. Diese neue „Putin-Doktrin" sprach sowohl der Ukraine und anderen postsowjetischen Staaten als auch Finnland und Schweden das Recht auf freie Bündniswahl ab und schränkte damit deren staatliche Souveränität erheblich ein.

Der unannehmbare Forderungskatalog des Kremls entspringt einem überkommenen Weltbild, das davon ausgeht, dass die Großmächte über die Köpfe aller anderen Staaten hinweg die Welt unter sich in Einflusszonen aufteilen. Im Juni 2020 hatte Putin in einem langen historisch-politischen Traktat schon erklärt, die Konferenz von Jalta im Februar 1945 der Siegermächte gebe das Beispiel, wie sich die internationale Ordnung des 21. Jahrhunderts gemeinsam gestalten lasse. Damit übertrug der Kremlchef die aus dem Kalten Krieg überlieferte Einteilung der Staatengemeinschaft in Supermächte und Vasallenstaaten. Zugleich ging er geflissentlich darüber hinweg, dass in den ostmitteleuropäischen Staaten die Konferenz von Jalta für den „Verrat der Westmächte" steht, weil diese als „Preis für den Frieden" Stalin die Hegemonie über Osteuropa zugestanden hätten.

In ihrem am 26. Januar 2022 Russland übergebenen Antwortschreiben lehnten die USA und die NATO – in diplomatische Worte verpackt – das in Moskau zuvor formulierte Neuordnungsdiktat Europas ab. Sie zeigten aber Russland mit Gesprächsangeboten für neue Abrüstungsinitiativen, vertrauensbildende Maßnahmen und für die Umsetzung des Minsker Abkommens einen gesichtswahrenden Ausweg aus der zugespitzten Krise auf, um vom explosiven Gegeneinander wieder zu einem verlässlichen Miteinander zu kommen. Zugleich hat

der nach anfänglichen Irritationen (gerade auch aus Berlin) schließlich geschlossen auftretende Westen mit einem ökonomischen Abschreckungsszenario den hohen Preis eines russischen Einmarsches in die Ukraine verdeutlicht, um darüber den Kreml wieder in eine Verhandlungslogik einzubinden. Moskau erklärte die westlichen Angebote jedoch für „sekundär" und bestand weiter auf seinem Forderungskatalog mit den unannehmbaren Sicherheitsgarantien. Gleichzeitig entpuppten sich die von den russischen Medien verbreiteten Meldungen über den Abzug russischer Truppen als plumpe Täuschung. Die Militärverbände waren an verschiedenen Abschnitten vielmehr in Angriffsstellungen vorgerückt.

Putins Geschichtsstunde am 21. Februar 2022: Das Drehbuch der Eskalation

Nach zwei Wochen hochintensiver Krisendiplomatie brüskierte Putin seine Gesprächspartner dann mit einer am 21. Februar 2022 live im russischen Fernsehen übertragenen einstündigen Geschichtsstunde, bei der er die politische Bombe platzen ließ. Mit seinen Ausführungen unterstrich Putin, dass er offensichtlich nicht bereit ist, sich mit der nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums in Osteuropa entstandenen neuen politischen Landschaft abzufinden und von seinem Traumziel Abstand zu nehmen, das untergegangene Sowjetimperium im russischen Gewand auf irgendeine Weise wiederauferstehen zu lassen. Gerade die umkämpfte Ukraine betrachtet der Kremlchef weiterhin als Kernstück des russischen Einfluss- und Integrationsraumes. Der Ukraine sprach er darum erneut jegliche Eigenständigkeit ab und bezeichnete sie als bloßen Vasallenstaat der USA, der in Kiew von einer „Marionettenregierung" regiert werde. Zudem erhob Putin erneut völlig unhaltbare Vorwürfe, um die Ukraine in Verdrehung der politisch-militärischen Tatsachen als Bedrohung für den Frieden in Europa darzustellen. Auf ukrainischen Boden geschehe angeblich ein „Genozid" an der russischen Bevölkerung. Der Kremlchef äußerte sogar den völlig aus der Luft gegriffenen Verdacht, die Ukraine arbeite an Nuklearwaffen. Zudem unterstellte er der Kiewer

Putin am 21. Februar 2022
Abbildung: picture alliance/ Associated Press/ Fotograf: Mikhail Klimentyev

Staatsspitze, militärische Offensivaktionen gegen die abtrünnigen „Volksrepubliken" vorzubereiten. Deshalb müsse Moskau deren Autonomie als unabhängige Staatsgebilde unbedingt anerkennen.

In einer offensichtlich schon lange vorbreiteten politischen Choreografie unterschrieb Putin mit den beiden Oberhäuptern der „Volksrepubliken" ein Freundschafts- und Beistandsabkommen, das am nächsten Tage vom russischen Parlament einstimmig ratifiziert wurde. In einer denkwürdigen Sitzung zwang Putin alle Mitglieder seines Sicherheitsrats vor laufenden Kameras dazu, seiner Anerkennungspolitik zuzustimmen. Das erinnerte an ein Mafia-Ritual, um die Mitglieder dieses wichtigen Machtgremiums in die kollektive Haftpflicht für das präsidiale Kriegsabenteuer zu nehmen. Dass Putin sogar so weit ging, einflussreiche Amtsinhaber wie Schulbuben vorzuführen, rief weltweit Staunen hervor und wurde so gedeutet, dass sich Putin nicht der Loyalität aller seiner Gefolgsleute sicher sein kann.

Krieg, Sanktionen und Katharsis

Nach der getroffenen Entscheidung ordnete der Präsident unverzüglich die Entsendung russischer Truppen ins Separatistengebiet an und erklärte diesen massiven militärischen Aufmarsch als „Friedensmission", um die mittlerweile schon mit russischen Pässen ausgestattete Bevölkerung der „Volksrepubliken" vor angeblichen Militäraktionen von Seiten der Ukraine zu schützen. Mit dieser völkerrechtswidrigen Entscheidung setzte Putin einen Eskalationsmechanismus in Gang.

Zwar wurden zunächst alle Gesprächskanäle offengehalten. Aber die Zeichen standen nicht mehr auf Diplomatie und Deeskalation. Mit seiner Entscheidung zum an allen Fronten in der Ukraine blutig ausgetragenen Angriffskrieg verdeutlichte Putin, dass er bei seinem Ritt auf der Rasierklinge des Kriegs in einer ganz eigenen Welt lebt und meint, sich nicht an die Regeln der internationalen Politik halten zu müssen. Statt durch Verhandlungen seine Interessen zu wahren, gibt sich der russische Präsident bewusst unberechenbar und zieht es offenbar vor, mit einer perfiden Politik der Lüge, Täuschung und Missachtung ihm genehme politische Tatsachen zu schaffen. Seinem wenig schmeichelhaften Spitznamen „Giftzwerg" machte Putin alle Ehre. Dem Westen blieb nur, den vorbereiteten Sanktionsmechanismus in Gang zu setzen, um den Kreml kurzfristig von dessen Eroberungsplänen abzubringen.

Am 24. Februar 2022 zeigte sich, dass die Politik, durch Handel in Russland Wandel zu erzielen, zwar gute Absichten verfolgte, aber grandios gescheitert ist. Die deutsche und die gesamte europäische Industriestruktur haben durch die Verfügbarkeit von russischem Gas und Öl jahrelang profitiert und sich vom Kreml korrumpieren lassen. Allein Deutschland hat zwischen 2014 und 2022 insgesamt 170 Mrd. Euro für den Ankauf von Öl, Gas sowie Kohle an Russland überwiesen und damit Putins Kriegskasse gut gefüllt. Die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen ist derart groß, dass jetzt sogar ein komplettes Embargo die politische und ökonomische Handlungsfähigkeit Deutschlands und weiterer europäischer Länder massiv bedroht. Deshalb muss Europa Russland täglich weiter über eine Mrd. Euro für fortgesetzte Energielieferungen zahlen, um damit nicht nur die Taschen der Oligarchen zu füllen, sondern auch den fortgesetzten Ukraine-Krieg zu finanzieren. Diese unerträgliche Situation wirft einen dunklen Schatten auf die deutsche und europäische Politik der letzten Jahre. Putins Angriffskrieg schafft einen bitteren Moment der Katharsis.

Putins Fehlkalkulation und Selenskyjs Kommunikation

Nach mehr als einem Monat Blutvergießen ist mittlerweile deutlich geworden, dass sich Putin mit seinem Angriffskrieg verkalkuliert hat. Von politischen Ratgebern hat sich der alternde Autokrat seit längerem zunehmend isoliert und so gegen die Wirklichkeit immunisiert. In seiner politischen Taubheit gegenüber Kritik hat Putin die Wehrhaftigkeit der Ukraine sowie die Entschlossenheit des Westens massiv unterschätzt und zugleich die Schlagkraft der russischen Armee bei weitem überschätzt. Der schnelle Kriegstriumph ohne größere Verluste ist in der Ukraine ausgeblieben. Das Kriegsgeschehen hat sich festgefahren. Der russischen Armee gelingt es im Bodenkrieg nicht, die wichtigen ukrainischen Großstädte zu besetzen. Die ukrainischen Verbände leisten erbitterten Widerstand und setzen immer wieder schmerzhafte Nadelstiche. Zugleich sind sie aber nicht in der Lage, die russischen Truppen auf breiter Front zurückzudrängen.

Angesichts des gescheiterten „Blitzkrieges" mobilisiert Putin nun alle konventionelle militärische Zerstörungsmacht, um die Ukraine auch durch gezielte mörderische Angriffe auf zivile

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenkyj bei einer Ansprache nach Beginn des Krieges am 25. Februar 2022
Foto: picture alliance/abaca

Ziele niederzuringen. In der belagerten Stadt Mariupol statuiert die russische Armee ein blutiges Exempel. Das ruft schreckliche Erinnerung an die kaukasische Stadt Groznyj während der beiden Tschetschenienkriege und an die syrische Großstadt Aleppo 2016 wach, die beide von russischen Bomben in Schutt und Asche gelegt wurden.

Trotz dieser furchtgebietenden Verwüstungsszenarien bleibt der militärische sowie zivile Widerstand in der Ukraine ungebrochen. Die Menschen wollen unter keinen Umständen Teil der russischen Welt werden. Sie kämpfen für Demokratie und Souveränität, weil diese für sie nicht abstrakte Werte, sondern einen Weg zu Unabhängigkeit und Wohlstand darstellen. Bei der Aufrechterhaltung des Selbstbehauptungswillen und des aufopferungsvollen Freiheitskampfs spielt die Person des ukrainischen Präsidenten eine wichtige Rolle. Eindrucksvoll füllt Selenskyj die Rolle der nationalen Symbolfigur und des unbeugsamen Helden aus. Für seine Kommunikation nutzt er die modernen Medien geschickt, um seine Anliegen in die Weltöffentlichkeit zu bringen. Den Krieg der Worte und Bilder hat der ukrainische Präsident gegen seinen spröde und verbittert wirkenden russischen Kontrahenten deutlich gewonnen.

Um weiteres Blutvergießen durch einen Waffenstillstand zu verhindern, hat Selenskyj erste Zugeständnisse angedeutet und damit diplomatische Optionen eröffnet. Die russische Seite reagiert bislang zurückhaltend. Zudem bestehen erhebliche Zweifel, ob sich Putin überhaupt in eine verlässliche Verhandlungslogik einbinden lässt. Er hat wiederholt gezeigt, dass er schamlos lügt und täuscht und jederzeit Abmachungen bricht, wenn er meint, sich dadurch Vorteile verschaffen zu können.

Entputinisierung?

Angesichts der massiven westlichen Sanktionspolitik hat Putin mit seinem Angriffskrieg nicht nur die Ukraine, sondern auch Russland in den ökonomischen Niedergang gestürzt. Schon mit Kriegsausbruch wurden in Moskau kritische Stimmen laut, dass Russland als Paria der Weltgemeinschaft zum „großen Nordkorea“ werde. Die Hinweise mehren sich, dass dem russischen Staat eine „Alptraumpleite“ bevorsteht. Die Kriegsfolgen treffen Millionen russische Familien in ihrem liebgewonnenen Alltag schwer. Hinzu kommen die

Tausenden von Kriegstoten, Verwundeten und Traumatisierten. Deren Kriegserfahrungen konterkarieren die propagandistischen Zerrbilder von der „nach Plan ablaufenden Sonderoperation".

Der Kreml hat mit rigider Zensur jegliche kritische Kriegsberichterstattung unterbunden. Seine mediale Desinformationsmaschinerie läuft auf Hochtouren. Anlässlich des achten Jahrestags der Krim-Annexion hat sich Putin am 18. März 2022 noch einmal vom ins Moskauer Olympiastadion zusammengekarrten Menschenmassen bejubeln lassen. Das in Russland als „Zombiekiste" verrufene Fernsehen vermittelte einem Millionenpublikum die verlogenen Botschaften des Kremls. Dieses propagandistische Trommelfeuer zeigt Wirkung. Aber Meinungsfragen, die zum Ergebnis kommen, das über 70 Prozent in Russland Putins Kriegskurs unterstützen, sind zuletzt wiederholt relativiert worden. Das gesellschaftliche Klima bleibt fragil, weil viele daran zweifeln, dass die russische Armee in der Ukraine als „Friedensstifter und Befreier" wirkt.

Bedrohlich für Putin ist jedoch nicht so sehr die in der Gesellschaft um sich greifende Kriegsgegnerschaft, sondern vor allem das Verhalten der ökonomischen und politischen Machtelite, die sich während seiner Amtszeit vor allem aus den Reihen militärischer und geheimdienstlicher Uniformträger rekrutiert hat. Einige Oligarchen sind schon auf Distanz gegangen. Und selbst im allmächtigen Sicherheits- und Armeeapparat sind wegen des russischen Kriegsdebakels in der Ukraine Risse erkennbar. Dort hat schon die Suche nach Sündenböcken begonnen. Für große Unruhe sorgt vor allem, dass zahlreiche hochrangige Militärs in der Ukraine gefallen sind. In den russischen Machtzirkel braut sich gegenwärtig etwas zusammen. Ob das Putin zum politischen Verhängnis werden kann, bleibt abzuwarten.

Für Putins wachsende Verunsicherung und Verstimmung spricht, dass er bei seinem Wüten gegen Feinde zu einer gesellschaftlichen Hexenjagd aufgerufen und seine Sprache weiter radikalisiert hat. Ungeniert fabuliert er davon, in der Ukraine müsse mit aller Macht eine „Endlösung" erzwungen werden. Zudem fordert er eine „Selbstreinigung" der russischen Gesellschaft. Diejenigen, die sich nicht vorbehaltlos hinter ihn stellen, verunglimpft er als „Gesindel", „Verräter" und „Fliegen". Eine derart zynische Entmenschlichung erinnert an die längst vergangenen staatsterroristischen Schrecken des Stalinismus.

Wer und was möglicherweise nach Putin kommen könnte, ist kaum zu prognostizieren. Bestenfalls würde es einen neuen Kremlboss geben, der sich wieder in eine politische Verhandlungslogik einbinden lässt und ein Mindestmaß an Verlässlichkeit garantiert. Aber niemand sollte sich Illusion machen: Mit oder ohne Putin wird Russland dauerhaft ein schwieriger Partner und internationaler „*Troublemaker*" bleiben. Die internationale Staatengemeinschaft wird darum in der Zukunft nicht nur die Ukraine, sondern auch Russland durch eine Modernisierungspartnerschaft wieder ökonomisch auf die Beine bringen müssen, um das Pulverfass im östlichen Europa zu entschärfen. Das scheint auch deshalb unbedingt notwendig, weil die postsowjetischen Staaten im Kaukasus und in Zentralasien ökonomisch eng mit Russland verflochten und damit vom drohenden Absturz der russischen Wirtschaft schwer betroffen sind.

Die Eindämmung des Weltenbrands

Im Rahmen der Weltwirtschaft bereiten die steigenden Energie- und Rohstoffpreise sowie die damit verbundenen Engpässe große Sorgen. Das wird sich auf zahlreiche Lieferketten auswirken. Ein Konjunktureinbruch steht bevor, der in vielen Ländern soziale Verwerfungen und damit politische Konflikte hervorrufen kann. Weil Russland und die Ukraine auch wichtige Getreideexportländer sind, drohen vor allem im krisenerschütterten Nahen Osten und in Afrika Hungersnöte. Die große Unbekannte der Weltpolitik bleibt, welche Schlüsse China aus dem Kriegsgeschehen in der Ukraine ziehen wird.

Über Europa hinaus hat Putins Angriffskrieg mit seinen globalen Folgen das Potenzial, einen Weltenbrand zu entfachen. Politik und Wirtschaft werden in der nächsten Zeit viel damit zu tun haben, diesen einzudämmen. Dabei darf die klimapolitisch längst überfällige ökologisch-technologische Modernisierung keinesfalls in Vergessenheit geraten. Es gilt zu, zu verhindern, dass der 24. Februar 2022 zum Auftakt für ein neues Katastrophenzeitalter wird. Dazu bedarf es der Geschlossenheit und Entschlossenheit, die Putin mit seinem Angriffskrieg in zuvor nie gekannter Weise in der deutschen, europäischen und transatlantischen Politik geschaffen und damit in düsterer Zeit ein hoffnungsvolles Wegzeichen gesetzt hat.

INFO

Alle Angebote und Hintergrundinformationen der BLZ zum Ukraine-Krieg finden Sie unter:

https://www.blz.bayern.de/meldung/hintergrund-informationen-zum-krieg-in-der-ukraine.html

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN
Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Impressum
Herausgegeben von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Englschalkinger Str. 12, 81925 München
Telefon: 089 9541154-00
Fax: 089 9541154-99

landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

Redaktion
Monika Franz, Christina Gibbs

Titelbildnachweis
Zerstörungen nach einem Bombenangriff auf Kiew, 18. März 2022
Foto: picture alliance/ZUMAPRESS.com/
Fotograf: Mohammad Javad Abjoushak

Gestaltung
MUMBECK - Agentur für Werbung GmbH, Wuppertal

Druck
Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

BLZ auf Social Media

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.
Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.